

Verkehrs-Dammbruch verhindern

B15 neu-Gegner analysierten neue Verkehrsprognose

Landkreis. Die „Gemeinschaft der Autobahngegner“ sowie Vertreter der „Stop B15 neu“ trafen sich in Schleichwies bei Wurmsham, um sich über den Stand der Planung auszutauschen und das weitere Vorgehen zu diskutieren. Dabei stand eine Analyse der Verkehrsprognosen im Mittelpunkt, die von Reinhold König und Gisela Floegel vorgestellt wurden.

Als erstes fragten sich die B15neu-Verhinderer, warum nicht mehr Professor Kurzak sondern als neues Planungsbüro, die PTV Group, beauftragt wurde, die Prognosen über die Auswirkungen des ersten Abschnitts der B15neu zu erstellen. „Wahrscheinlich war die Kurzak-Äußerung, dass die vom Dialogforum abgelehnte Osttangente kurzfristig Entlastung für Landshut bringen könnte, der

Grund“, mutmaßten die Versammelten. Die Verkehrszahlen der PTV Group, die als einziges nicht auf der offiziellen Seite des Straßenbauamtes zu sehen ist, waren abfotografiert worden und werden von „Stop B15 neu“ veröffentlicht. Eine Analyse ergab, dass die Aufstellung nicht nur unvollständig sei, sondern auch nur wenig Positives für die Landshuter zu vermelden habe.

Danach nehme der Verkehrsdruck auf die Stadt Landshut – sowohl mit als auch ohne die Weiterführung der B15neu – zu. Selbst bei einem Weiterbau der B15neu ist bis zum Jahr 2030 keine Entlastung zum Beispiel für die Konrad-Adenauer-Straße zu erwarten, sie wäre sogar um 1000 Fahrzeuge höher als heute. Ebenso zunehmen würde der Verkehr am Harlanderknoten von

heute 33000 auf dann 44000 Kfz. Dass der Kasernenknoten nach dem Bau des ersten Bauabschnittes mit 31000 Kfz also nicht höher als heute belastet werde, bezweifelten die Straßenbaueegner.

Schließlich wäre die Niedermayerstraße und die LA14 der Hauptzubringer zum Anschluss an die A92 bei Ohu. „Insgesamt bestätigen die Verkehrszahlen des Gutachters unsere Auffassung, dass der Bau einer Landshuter Osttangente dem Weiterbau der B15 neu vorzuziehen ist“, stellten die Dialogforummitglieder Reinhold König und Gisela Floegel fest. Die Versammelten waren sich einig, dass gegen den Weiterbau über die A92 hinaus alle juristischen Mitteln eingesetzt würden, um einen „Verkehrs-Dammbruch für den südlichen Landkreis“ zu verhindern.